

„Wasser unterm Hammer

Ein Film mit anschließender Debatte über die Situation in Thüringen -

Vor allem engagierte Mitglieder von Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben waren der Einladung der Landtagsfraktion der LINKEN gefolgt, am 3. April zum Abschluss der Foto-Ausstellung „Wasserkunst“ in der Fraktionsgalerie gemeinsam mit dem Filmemacher die Dokumentation „Wasser unterm Hammer“ anzusehen und anschließend mit dem Hildburghäuser Bürgermeister Steffen Harzer sowie den Landtagsabgeordneten Frank Kuschel zu diskutieren.

*„Wasser ist zu einer
Hochprozent-Rendite bringenden
Ware geworden“*

Wie schon bei der „Bahn unterm Hammer“ machte auch dieser Film von Hermann Lorenz eindringlich die fatalen Folgen einer blinden Privatisierungspolitik deutlich, diesmal am Beispiel von Wasserwerken. So wurden die Kieler Stadtwerke an einen texanischen Rentenfonds verkauft, der neun Monate später insolvent war. Dabei kam „alles, was nicht niet- und nagelfest war“ unterm Hammer, mussten schließlich zahlreiche Arbeitsplätze – auch bei den Partnerfirmen – abgebaut werden. Ein ähnliches Bild bei den Berliner Wasserbetrieben. Da hatte man die Stadtverordneten 1998 von den „Vorzügen der Privatisierung überzeugt“ mit der Folge, dass die Instandhaltungskosten abgesenkt wurden und tausende Stellen wegfielen. Besonders drastisch das Beispiel London, wo nach der Privatisierung durch den deutschen Energieriesen und Global Player RWE so gut wie gar



Das Podium der Veranstaltung mit Frank Kuschel, MdL Thür.; Steffen Harzer Bürgermeister Hildburghausen, Hermann Lorenz, Filmemacher und Anke Hofmann (von links nach rechts)

nicht mehr saniert, sondern nur noch repariert wurde: „30 bis 60 Prozent des Wassers versickern durchs löchrige Rohrnetz“; „Es geht nur noch um Profit“, heißt es im Film und dass RWE in Deutschland in den Startlöchern für weitere Privatisierungen von Stadtwerken sitzt. Mit Bürgerbegehren haben es die Menschen in Münster und Hamburg geschafft, solche Bestrebungen zu verhindern.

„Wasser ist zu einer Hochprozent-Rendite bringenden Ware geworden“, betonte Hermann Lorenz. Dabei will die EU den Druck zur Zwangliberalisierung bei Wasser, wie schon bei Strom und Gas, erhöhen. Angesichts der dokumentierten Folgen solcher Politik herrschte darüber bei den Gästen der Veranstaltung allgemeines Unverständnis. Übrigens auch darüber, dass der NDR den Film bisher nur einmal gezeigt hat (am 30. Mai 2005) und es offensichtlich „mutiger Redakteure“ bei Phoenix und 3sat für weitere Auführungen bedurfte. So machte man regen Gebrauch vom Kauf der mitge-

brachten CDs.

*Zweckverbände in Thüringen
bringen mit ihrer teilweise
verfehlten Abgabepolitik
Bürger überall im Land auf
die Barrikaden*

Dann aber ging die Diskussion schnell weg von den Wasserwerken hin zu den Zweckverbänden in Thüringen, die mit ihrer teilweise verfehlten Abgabepolitik Bürger überall im Land auf die Barrikaden bringen. So wurde Steffen Harzer als Vorsitzender eines Wasser- und Abwasserzweckverbandes zur Zielscheibe des Verdrusses. Dabei hatte er betont, dass in seinem Verbandsgebiet die Gebühren und Beiträge stabil gehalten bzw. sogar gesenkt werden konnten, denn sie nehmen keine Gewinnausschüttung vor, arbeiten kostendeckend, schließlich sei die



meist engagierte Mitglieder der Bürgerallianz bei der Diskussion um Wasser unterm Hammer und zu den Strukturen Thüringer Aufgabenträger

öffentliche Daseinsvorsorge ihr Ziel.

leistungsfähige kommunale

Strukturen sind Argument

gegen die Privatisierung.

Frank Kuschel hielt dagegen: „Über Wasser und Abwasser wird auch in Thüringen zunehmend Gewinn erwirtschaftet.“ Die Probleme hätten sich nicht zuletzt aus der Vielzahl von Zweckverbänden ergeben. „Wir als LINKE sind für größere Strukturen; alle Aufgabenträger unter 5.000 Einwohnern müssten sich zusammenschließen, dann würden z.B. in Südhüringen von 33 Verbänden nur noch 14 übrig bleiben.“ So könnten „leistungsfähige kommunale Strukturen als Argument gegen die Privatisierung“

gelten. Auch müssten Beiträge nicht zwangsläufig sein. Der Landtagsabgeordnete ließ Zahlen sprechen: Von den 103 Aufgabenträgern im Wasserbereich hatten bis zur gesetzlichen Abschaffung der Wasserbeiträge zum 1. Januar 2005 nur 43 diese Finanzierungsform vorgesehen. Beiträge. Im Abwasserbereich sind es von 158 immerhin 47, die keine Beiträge verlangen – „und es gibt keine wahrnehmbar höhere Abwassergebühr“.

„Wo privatisiert wird, gibt es

solche Diskussionen nicht“

Das Thema der Wasser- und Abwasserbeiträge sei „ein komplexes und schwieriges“ räumte Steffen Harzer ein, ließ aber keinen Zweifel daran, dass er „ein Verfechter von Beiträ-

gen“ ist und sie „nicht von vornherein für sozial ungerecht“ hält, mehr noch: „Wenn wir die Beiträge abschaffen, belasten wir die Wasserpreise und entlasten die Hauseigentümer.“

Dass war natürlich Wasser auf die Mühlen des Zorns der unter Kommunalabgaben stöhnenden Bürger. Anke Hoffmann, deren Verdienste bei der Moderation der heißen Diskussion nur zu loben sind, hatte alle Hände voll zu tun. Bei niedrigen Einkommen und Renten seien „Beiträge unmenschlich“, hieß es, und vor allem wurde mehr Transparenz von der Politik gefordert. Die Zweckverbände müssten demokratisiert werden. Gute Erfahrungen würden mit aktiven Verbraucherbeiräten und Verbraucherschutz gemacht. Darauf verwies auch der Hildburghäuser Bürgermeister, außerdem wäre er wohl jetzt nicht zum dritten Mal gewählt worden, wenn seine Politik so schlecht gewesen sei.

Abschließend nach seinem Eindruck über die Veranstaltung befragt, meinte der Filmemacher: „Wo privatisiert wird, gibt es solche Diskussionen nicht, nur eine Riesen-Ohnmacht der Bürger, die keine Möglichkeit haben, mitzureden.“

Annette Rudolph